nr. 5 – juli/august 2014 CCCC müllerstraße

Seite 3: Fastenbrechen auf dem Leopoldplatz Seite 6: Kahlschlag im Jobcenter

Seite 8: Baut Fahrrad-Parkhäuser! Seite 9: Rathausplatz wird »Elise-und-Otto-Hampel-Platz«



Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos. Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Wo hat unser Fotograf dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir das Magazin »Der Wedding«. Einsendeschluss ist Montag, der 1. September. Unsere letzte Rätselecke zeigte den Aufzugsschacht am ehemaligen Rathausneubau und künftigem Jobcenter Wir danken den zahlreichen Teilnehmern! Gewinner ist diesmal Falko Kutz. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Quartiersrat Pankstraße gewählt

Im Quartiersmanagementgebiet Pankstraße wurde Ende Juni ein neuer Quartiersrat gewählt. Er hat 22 ehrenamtliche Mitglieder und berät das QM in allen wichtigen Fragen. Besonders erfreulich ist der hohe Anteil an Migranten – das ist auch in Gebieten mit hohem Migrantenanteil nicht immer selbstverständlich und bezeugt die gute Arbeit vor Ort. Folgende Quartiersräte wurden gewählt: Anwohnervertreter: Joseph Agyeman-Takyi, Yusuf Altunkaynak, Maria Befeldt, Louise Carreño Fernández, Muzaffer Han, Falko Kutz, Mustafa Kücükel, Mehmet Özdemir, Christa Sämisch, Idriss Tawat Nsangou, Yunus Tilki und Uwe Wittke; Schulen: Ronald Hock (Albert-Gutzmann-Grundschule), Dilfuza Yildiz (Herbert-Hoover-Oberschule); Kitas: Angelika Graß (Kita Gottschedstraße 28); Soziale Einrichtungen: Muhittin Özcelik und Ferhat Serigüney (Jugend- und Kulturhaus e.V.), Ivanka Sucic (Südost Europa Kulturen e.V.); Gewerbetreibende: Marcel Flasch (MF-Haushaltsgeräte), Filiz Meric (Café Asye); Hauseigentümer: Carsten Schulz; Kultur: Jochen Küpper (Kulturnetzwerk Wedding Moabit)

Neuwahl der Stadtteilvertretung

Am 6. November steht auch die Neuwahl der Stadtteilvertretung »mensch.müller« im Aktiven Zentrum Müllerstraße an. Nach den Sommerferien wird darauf mit Plakaten und einer Sonderausgabe der »ecke müllerstraße« im September noch ausführlich hingewiesen. Wer Interesse daran hat, für dieses ehrenamtliche Beratergremium im Aktiven Zentrum Müllerstraße zu kandidieren, kann sich aber auch bereits jetzt schon bei der Stadtteilvertretung informieren. Diese trifft sich immer am ersten Donnerstag im Monat um 19 Uhr in der Volkshochschule Wedding (Antonstraße 37, Raum 302). An jedem 1. und 3. Montag im Monat führt sie zudem eine Sprechstunde im Vor-Ort-Büro in der Triftstraße 2 durch: jeweils von 18-20 Uhr. Auf der Website »www.stadtteilvertretung.de« findet man Informationen z.B. über aktuelle Termine der Bürgervertretung. Für die Stadtteilvertretung können Anwohner, Gewerbetreibende, Hauseigentümer, Vertreter von Vereinen und Initiativen kandidieren, die in einem weiter gefassten Gebiet um das Aktive Zentrum wohnen bzw. dort aktiv sind.

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz

Dienstag, 26. August, 19 Uhr, Volkshochschule Wedding, Antonstraße 37, Raum 302

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements

Ort und Termin bitte beim Geschäftsstraßenmanagement Müllerstraße erfragen (Kontakt: siehe Rückseite)

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße

Jeder erste Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Volkshochschule Wedding, Antonstraße 37,

Augusttermin: aufgrund der Ferien bitte auf der Website www.stadtteilvertretung.de

Sprechstunde der Stadtteilvertretung

Jeder 1. und 3. Montag im Monat von 18–20 Uhr im Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

Iftar - Fastenbrechen auf dem Leopoldplatz

Mittwoch, 16. Juli, 19-23 Uhr, Einlass ab

ecke im Netz: Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv. de/zeitung-ecke-muellerstrasse

Nächster Redaktionsschluss nach der Sommerpause: Montag, 1. September

Impressum

verantwortlich.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de Tanja Schnitzler, tanjaschnitzler@yahoo.de Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de Druck: Henke Druck, info@henkepressedruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion

Fastenbrechen auf dem Leo

16. Juli, 19 Uhr: Öffentliches Iftar mit Kulturprogramm



Vor der Alten Nazarethkirche auf dem Leopoldplatz findet bereits im dritten Jahr ein öffentliches Iftar-Essen statt. Wenn am Mittwoch, dem 16. Juli, die Sonne untergegangen ist, brechen dort Weddinger Muslime ihr Ramadan-Fasten – gemeinsam mit ihren nicht-muslimischen und nichtfastenden Nachbarn. Bereits um 19 Uhr beginnt ein umfangreiches Kulturprogramm.

Im alljährlichen Ramadan dürfen gläubige, erwachsene Muslime zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang nicht essen und trinken. In diesem Jahr dauert der Fastenmonat Ramadan vom 28. Juni bis 27. Juli. Das ist eine besonders harte Fastenzeit: Die Sonne geht schon gegen ca. 6 Uhr auf und erst kurz vor halb zehn Uhr abends unter. Erst dann dürfen Muslime ihr nächtliches Fasten-

Nur mit einer Sondergenehmigung des Bezirks Mitte ist es deshalb möglich, auch 2014 im Freien ein öffentliches Fastenbrechen zu begehen. Die Genehmigung geht bis 23 Uhr - jedoch mit der Auflage, nach 22 Uhr die Lautstärke zu begrenzen. Zum gemeinsamen Essen und zum Gespräch mit den Nachbarn bleibt also genügend Zeit. Als ein nächtliches großes Fest, wie es zum Ramadan in vielen islamischen Ländern gefeiert wird, sollte man sich die Weddinger Iftar-Nacht aber nicht vorstellen: Das kulturelle Hauptprogramm findet vor dem Fastenbrechen noch bei Tageslicht statt. Es beginnt um 19 Uhr und ist öffentlich und kostenlos: Die deutsch-türkische »Grup Sahanlar« spielt anatolische Volksmusik. Auch die Derwische vom Sufi-Zentrum Rabbaniya in Neukölln sind wieder zu Gast und tanzen zu meditativen Klängen. Der kulturelle Beitrag aus dem arabischen Kulturraum stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.

Mahlzeiten gibt es später nur für diejenigen, die sich bis zum 7. Juli beim Veranstalter angemeldet haben. Denn das Iftar-Fest wird überwiegend aus privaten Spenden finanziert - es ist aber schon aus organisatorischen Gründen schlicht unmöglich, für alle, die an diesem Abend über die Müllerstraße und den Leopoldplatz flanieren, eine Mahlzeit bereit zu halten.

Im Ramadan achten Muslime verstärkt auf Nächstenliebe und Gemeinschaft. Beim Iftar teilen sich wohlhabendere Menschen ihr Essen mit den ärmeren. Deshalb wird man an diesem Abend auch nicht nur Honoratioren und Geschäftsleute auf dem Leopoldplatz antreffen - die Einladungen wurden breit gestreut. Zu den Veranstaltern gehören u.a. der Verein »Kulturen im Kiez e.V.«, der in der unmittelbaren Umgebung Jugend- und Familienprojekte durchführt, ebenso wie das »Team Leo« des Vereins Gangway e.V., das sich auf dem »Leo« um das soziale Platzmanagement kümmert und durch seine Straßensozialarbeiter Kontakt zur lokalen »Szene« hält.

An der Organisation und Durchführung des Festes beteiligt sich inzwischen ein ganzes Netzwerk aus gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen im Wedding mit ehrenamtlicher Arbeit – etwa, in dem sie Fahrdienste durchführen oder Zelte bereitstellen und aufbauen. Dazu gehört auch die Beyazid Moschee in der Lindower Straße 18, deren Imam Murat Kayabasi Grußworte sprechen wird. Für die evangelische Kirche wird die stellvertretende Superindendentin des Kirchenkreises Berlin-Nordost reden, für den Bezirk Mitte lässt es sich der Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke nicht nehmen, auf dem Fest in seiner persönlichen Nachbarschaft eine kurze Begrüßungsansprache zu halten. Christian Hanke tritt auch als Schirmherr der Veranstaltung auf.

Initiiert wurde das Iftarfest vom Runden Tisch Leopoldplatz, bei dem sich monatlich interessierte Bürger aus der Nachbarschaft und Vertreter des Bezirks, der Polizei und anderen Einrichtungen treffen, um sich über die Situation auf dem Leopoldplatz auszutauschen. Besonders engagieren sich dabei der Betreiber des Bürgerprojektes »Café Leo«, Hüseyin Ünlü und seine ganze Familie: »Gute Nachbarschaft und ein friedliches Miteinander sind möglich, wenn Menschen miteinander sprechen. Wir wünschen uns daher, dass auch viele nichtmuslimische Nachbarn Gäste des Iftars sind«, so formuliert er die Ziele des Abends.

Ermöglicht wird die Veranstaltung u.a. durch Mittel des Bundes sowie des Landes Berlin im Rahmen des Städtebauförderprogramms Aktive Zentren. Ohne zusätzliche private Spenden könnte es jedoch nicht stattfinden. Die Spenden sind steuerlich absetzbar, das Spendenkonto lautet:

Kulturen im Kiez e.V. IBAN: DE23 1007 0024 0253 6357 04 BIC: DEUTDEDBBER

Kontakt zum Veranstalter erhalten sie am Besten per mail: cafeamleo@yahoo.de



Betr.: Radweg Seestraße

Liebe Ecke-Müllerstraße-Redaktion,

Der Beitrag von cs (Christof Schaffelder, d.Red.) zur Radwegsanierung Seestraße verwundert mich doch sehr.

Ich wohne seit 1997 mit kurzer Unterbrechung im Kiez, seit 2011 am Anfang der Afrikanischen Straße. Mir gefällt die Sanierung der Radwege an der Seestraße zwischen Müller- und Afrikanischen Straße recht gut. Als Radvielfahrer war der Zustand vorher aufgrund der vielen Wurzeln und Asphaltschäden sehr unangenehm, der Weg war gefährlich zu befahren. Das zumindest ist behoben. Klar, hätte man es noch besser und großzügiger gestalten können, aber zu welchen Kosten? Und wie würde das letztlich aussehen?

Ich verstehe nicht genug von Stadtplanung und kenne auch die Standpunkte und die Arbeitsweise der einzelnen Stadtteilvertretungen (noch) nicht genau. Es ist aber hoffentlich mehr als im Nachhinein geradezu utopische Forderungen zu stellen. Denn wenn die Stadtteilvertretung, so cs, die »aktuelle Gestaltung für unfallträchtig und deshalb für nicht hinnehmbar« hält, liest sich das wie nachträgliches Nörgeln auf hohem Niveau. Die Stadtteilvertretung hat ihre Bedenken vor der Sanierung lang und breit kundgetan, wovon ich mal ausgehe. Denn die von ihr im Beitrag gestellten Forderungen würden eine komplette Neugestaltung der Bürgersteige und Radwege bedeuten. Eine derart ambitionierte Forderung scheint doch aufgrund der aktuellen Kassenlage mehr als verwegen. Und wie das wohl aussehen und angenommen würde, vermag ich nicht vorzustellen. Bevor ich also meine Utopie von der Seestraße als verkehrsberuhigter Spielstraße formuliere, begnüge ich mich lieber der einfachen und bezahlbaren Lösung. Auf unrealistische Maximalforderungen verzichte ich gern.

Freundliche Grüße, Michael Decker

Lieber Michael Decker,

Leider wurde die Stadtteilvertretung nicht über die Sanierung der Radwege informiert, deshalb protestiert sie ja so vehement. Die von ihr vorgeschlagene Maßnahme zur Verbesserung der Situation – den Radweg an der Seestraße auf Kosten der Grünfläche/Hecke zu verbreitern – wäre im Vergleich zu den Gesamtkosten der Sanierung kaum ins Gewicht gefallen. Jetzt wird es wohl Jahrzehnte dauern, bis an dieser Stelle erneut saniert wird.

Mit freundlichen Grüßen, Christof Schaffelder (cs)

PS: Die Stadtteilvertretung ist alles andere als eine Versammlung von Utopisten. Davon können Sie sich gerne selbst überzeugen: Im November steht eine Neuwahl an, engagierte neue Mitstreiter sind sehr willkommen!

Verkehr in der Genter Straße

Liebe Ulrike Steglich, lieber Christof Schaffelder,

ich wohne seit sechs Jahren in der Genter Straße und lese Eure Zeitung immer, wenn sie irgendwo ausliegt (was sie ja fast immer irgendwo tut!).

Es gibt ein Thema, dass mich seit Jahren umtreibt: Es geht um die Verkehrssituation in der Genter Straße. Die Bürgerinitiative Brüsseler Kiez hatte dazu vor einigen Jahren sogar mal ein Gutachten in Auftrag gegeben, dass wohl auch sehr gut und eindeutig war. Die Genter Straße ist ja recht breit und wird als Parallelstraße zur Müllerstraße von vielen Autofahrern als Alternative genutzt. Die Breite und vor allem fehlende Ampeln / Zebrastreifen / »Langsam-Fahr-Hubbel« an den Kreuzungen machen sie oft (vor allem am Abend) zu einer Art Rennstrecke. Für Kinder ist diese Straße wirklich gefährlich. Ich stehe jeden Tag mehrmals an der Kreuzung Genter / Ostender und muss oft sehr lange warten, um hinüberzukommen. Dazu kommt, dass die Straße beim »Müllerstraßenfest« als offizielle Ausweichstraße gilt. An diesen Tagen ist es dann der Wahnsinn, auf Fußgänger wird dann überhaupt keine Rücksicht mehr genommen. Ich denke, als Ausweichstraße muss die Genter Straße über irgendwelche regulierenden Maßnahmen verfügen, auf der Müllerstraße gibt es ja schließlich auch Ampeln. Natürlich sind die sehr teuer, und mit diesen »Hubbeln« (Wie zuletzt in der Utrechter/Malplaquetstr.) aufgebracht,

Da gerade offensichtlich Geld zur Verfügung steht und ja auch die Neugestaltung des Zeppelinplatzes ansteht, würde ich gern wissen, ob etwas in diese Richtung geplant ist.

Ich kenne sehr viele Menschen, die die Sache so sehen wie ich. Kirsten Reinhardt

Liebe Kirsten Reinhardt,

Über die Verkehrssituation in der Genter Straße wurde tatsächlich schon diskutiert – u.a. zwischen der Stadtteilvertretung und den vom Bezirk beauftragten Verkehrsgutachtern, die ein Verkehrskonzept für das »Aktive Zentrum Müllerstraße« entwickeln. Dabei wurde z.B. vorgeschlagen, die Parkordnung in der Straße zu ändern (Querparken), so dass sich der Straßenquerschnitt deutlich verringert. Entschieden ist aber noch nichts, das Thema wird in den nächsten Jahren mit Sicherheit noch einmal auf die Agenda des »Aktiven Zentrums« kommen, wenn auch das Finanzierungskonzept geklärt ist. Dann wird es nicht nur in der Stadtteilvertretung, sondern auch auf öffentlichen Bürgerversammlungen besprochen. Die nächste Stadtteilvertretung, im November steht eine Neuwahl an, wird sich also bestimmt mit dem Thema auseinandersetzen!

Mit freundlichen Grüßen, Christof Schaffelder

Kommentar

12-Minuten-Takt im Bürgeramt

Frust auf allen Seiten – den Bezirken fehlt es an Personal, die Ämter sind chronisch überlastet

Dienstagmorgen, kurz vor 11 Uhr. Der Warteraum des Bürgeramts Wedding ist voll. Und die Schlange am Schalter, wo man Wartenummern oder Auskunft erhalten kann, sehr lang: eine halbe Stunde Wartezeit muss man allein schon dort einplanen. Die Anzeigentafel verzeichnet die Zahl der bereits Wartenden: Schon jetzt sind es 187 (nicht gerechnet jene, die einen Termin gebucht haben). Aufgerufen wird gerade die Nummer 17. Aber auch einen Termin kann man online nur noch drei bis vier Wochen im voraus buchen.

Teilweise werden in Bürgerämtern schon gar keine Wartenummern mehr ausgegeben, dort geht es nur noch per Terminvereinbarung. Wer einen Notfall hat, z.B. einen Personalausweis verloren oder kurz vor dem Urlaub feststellt, dass sein Pass nicht mehr gültig ist, muss sich auf viele schöne Stunden im Warteraum des Bürgeramts einstellen

Unsere Söhne brauchten für die Ferien provisorische Personalausweise. Wir hatten gerade noch rechtzeitig zwei Termine buchen können: 11 Uhr und 11.12 Uhr. So blieb uns lange Wartezeit erspart. Ihr Vater hatte drei Tage zuvor seinen Ausweis verloren und kam gleich mit. Die Mitarbeiterin des Bürgeramts war sehr fix und ziemlich gereizt. Für den verlorenen Ausweis hätte ein dritter Extra-Termin vereinbart werden müssen, erklärte sie etwas barsch, stellte aber trotzdem noch schnell den Ersatz aus. »Sie sehen doch, was da draußen

los ist!« Ja, sahen wir – umso dankbarer waren wir der Mitarbeiterin, die mit ihren Kollegen nicht nur im Minutentakt vielfältige Anliegen bearbeiten muss, sondern die oft genug auch noch dem Frust der Kunden ausgesetzt ist.

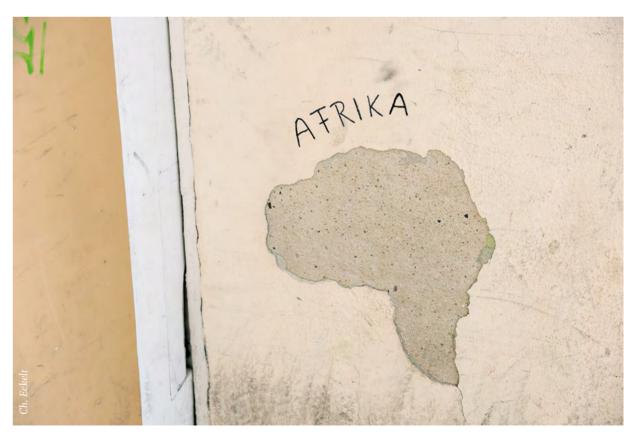
Die bezirklichen Bürgerämter sind überall hoffnungslos und chronisch unterbesetzt. Denn einerseits wurden hier immer mehr Aufgaben und Leistungen gebündelt, was auf den ersten Blick ein ganz bürgerfreundliches Angebot war – aber das Personal wurde nicht entsprechend aufgestockt. Im Gegenteil: Immer weiter zwingt der Senat die Bezirke zum Personalabbau. Starr hält er an seiner Richtzahl fest: 20.000, mehr Stellen dürfen es nicht sein – in allen Ämtern aller Berliner Bezirke! Auch wenn die Bevölkerung wächst und damit die Aufgaben der Bezirke. Auch wenn die Bezirke ächzen und kaum noch in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen.

Im Bürgeramt merkt man das auf den ersten Blick. Woanders spürt man das, wenn Grünflächen und Parks verwahrlosen, weil es zu wenig Personal im Grünflächenamt gibt; wenn sich Bauprojekte der öffentlichen Hand verzögern, weil kaum noch Bauleiter unter den gegebenen Bedingungen bei den Bezirken arbeiten wollen; wenn man lesen muss, dass in den Jugendämtern oft genug ein einzelner Mitarbeiter für 90 bis 100 oder sogar noch mehr betreuungsbedürftige Familien zuständig ist ... Und die Lage wird nicht besser: Denn wenn Verwaltungsmitarbeiter in Pension gehen, fehlt es auch an Nachwuchs.

Solange der Senat seine Finanz- und Personalpolitik nicht ändert, werden Berliner also noch sehr viel kostbare Zeit (nicht nur Frei-, sondern notgedrungen auch Arbeitszeit) auf Ämtern verwarten müssen, während der Krankenstand in der Verwaltung weiter steigt. Ob das der Berliner Produktivität dienlich ist, darf bezweifelt werden.

cs/u

<u>Bildecke</u>



4

Kahlschlag im Jobcenter

Der zweite Arbeitsmarkt in Mitte bricht zusammen

Der Berliner Arbeitsmarkt boomt. Er schaffe so viele Arbeitsplätze wie lange nicht mehr, so heißt es. Mag sein: Auf der anderen Seite jedoch, auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt, brechen derzeit die Strukturen zusammen. Vor allem Mitte ist betroffen.



Im Bezirk arbeiten derzeit etwa 850 Menschen in Beschäftigungsmaßnahmen der Programme »Bürgerarbeit« und »FAV« (»Förderung von Arbeitsverhältnissen«). Dabei dauert die Förderung jeweils bis zu zwei Jahren. Zum »zugangsberechtigten Personenkreis« gehört, wer auf dem regulären ersten Arbeitsmarkt als benachteiligt gilt: Das sind nicht nur Langzeitarbeitslose, sondern auch Alleinerziehende, Menschen mit Handicaps oder Ältere.

Finanziert werden die Stellen vom Jobcenter Mitte und dem Land Berlin, das etwa ein Viertel der Kosten trägt. Eingesetzt werden die Arbeitsplätze vor allem im sozialen und soziokulturellen Bereich – sie dürfen der Wirtschaft und damit dem ersten Arbeitsmarkt keine Konkurrenz machen. Reich werden die Beschäftigten dabei nicht: mit netto 1150 Euro im Monat macht man hierzulande keine großen Sprünge.

Die Beschäftigten betreuen z.B. Senioren, helfen Kindern bei den Hausaufgaben, unterstützen Kulturprojekte oder kümmern sich (wie die »Kiezmütter« des Weddinger Vereins »Kulturen im Kiez e.V.«) um benachteiligte Familien. Dabei leisten sie oft wertvolle Arbeit obwohl man das nicht so laut sagen darf. Denn offiziell muss ihre Tätigkeit »zusätzlich« sein, darf also keine normalen Aufgaben der Kommune ersetzen. Aber dennoch ist diese Arbeit oft notwendig für das Funktionieren des Gemeinwesens. Zum Beispiel bei der Integration: Da werden nicht nur Migranten von vielen Einrichtungen unterstützt - Vereine, kirchliche Einrichtungen oder gemeinnützige Stiftungen unterhalten niederschwellige Anlaufstellen mit Beratungs- und Hilfsangeboten, im Bezirk gibt es inzwischen ein Netz von 15 Familien- und Stadtteilzentren. Hier wird auch viel ehrenamtliche Arbeit geleistet - doch ohne den Einsatz von »Kräften« aus Beschäftigungsmaßnahmen kommen sie kaum aus. Besonders wichtig sind dabei solche Projekte, die länger als ein Jahr Beschäftigung bie

Genau diese Stellen trifft derzeit der Kürzungshammer. Seit April werden vom Jobcenter Mitte keine FAV-Stellen mehr bewilligt. Und »Bürgerarbeit« läuft Ende des Jahres aus. Auch diese Stellen werden, anders als noch im März verkündet, nicht durch FAV ersetzt. Rund 500 dieser langfristigen Maßnahmen fallen in diesem Jahr weg: Von den gegenwärtig rund 850 Stellen auf dem zweiten Arbeitsmarkt in Mitte werden zum Jahresende wohl nur rund 350 übrig bleiben.

Die Gründe sind schwer zu fassen. Bundesweit wurde von der Arbeitsagentur im vergangenen Dezember entschieden, die Kosten für Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt auf maximal 26% der

gesamten »arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen« zu kappen. Hinzu kamen in Mitte finanzielle Engpässe des Jobcenters: rund 9 Millionen Euro fehlten dort für die »Finanzierung von Verwaltungskosten«. Sie wurden aus dem Topf für »Eingliederungsmaßnahmen« und hier besonders aus den Mitteln für den Zweiten Arbeitsmarkt entnommen

Im Bezirk Mitte und im Land Berlin ging man noch im März davon aus, dass in diesem Jahr eher mehr langfristige »Beschäftigung schaffende Maßnahmen« aufgelegt werden könnten als im vergangenen Jahr. Entsprechend wurden freie Träger mobilisiert, konkrete Arbeitsplätze für solche Maßnahmen zu benennen. Noch zwei Wochen vor dem verkündeten Stopp wurde der Bezirk vom Jobcenter ausdrücklich dazu aufgefordert. Auch das Land hatte die Finanzierung des Arbeitgeberanteils bereits zugesagt.

Im April hieß es jedoch plötzlich, die Mittel für solche Maßnahmen im Jahr 2014 seien ausgeschöpft. Was bis dahin bewilligt war, wird noch finanziert, darüber hinaus aber nichts mehr. Das nimmt dem Bezirk natürlich jeden Spielraum für die Entscheidung, welche FAV-Stellen dringlicher sind und welche eher verzichtbar. Die einen Träger hatten schlichtweg Glück – ihre Maßnahmen für 2014 sind schon bewilligt. Die »Weddinger Kiezmütter« aber beispielsweise hatten Pech: Ihre Maßnahme läuft Ende August aus, ohne Chance auf Verlängerung. Was aus dem Projekt wird, steht derzeit in den Sternen. Auch die Stadtteilzentren sind betroffen, hier fehlen nach der Schätzung des Bezirks rund 100 Stellen am Ende des Jahres. Im kulturellen Bereich sieht es ähnlich aus. So manches Projekt – etwa in Schulbibliotheken oder in der Jugendkulturarbeit – ist jetzt gefährdet.

Der Bezirk protestiert. Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) sieht insbesondere die Stadtteilarbeit, die in den letzten Jahren kontinuierlich aufgebaut wurde, in Gefahr. Der für das Jobcenter zuständige Stadtrat Stephan von Dassel (Grüne) versucht zu retten, was zu retten ist und drängt das Jobcenter dazu, seinen noch verbliebenen Handlungsspielraum auszuschöpfen: »Ich habe mich mit der ›Agentur für Arbeit‹ und dem ›Jobcenter Mitte‹ darauf verständigt, noch frei verfügbare Mittel in der zweiten Jahreshälfte zugunsten von Maßnahmen des Zweiten Arbeitsmarktes zu verwenden. Allerdings ist der Haushalt des Jobcenters äußerst angespannt, es ist unklar, wie viele zusätzliche Stellen noch eingerichtet werden können. Auf jeden Fall gibt es auch im Jahr 2015 neue FAV-Stellen, die dann hoffentlich geordneter eingerichtet und besetzt werden als in diesem Jahr.« cs

Mitte verweigert Task-Force gegen Ferienwohnungen

Eine zentralisierte Task-Force der Berliner Bezirke gegen Zweckentfremdung von Wohnraum wird es nicht geben. Das Bezirksamt Mitte entschied sich gegen ein Angebot an die anderen Bezirke, wie es der Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Stephan von Dassel (Grüne), vorbereitet hatte. Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) begründete den Rückzug des Bezirks mit einem »nicht überschaubaren Risiko« und mangelnden Raumkapazitäten. Zudem kündigte er eine »Aufstockung« der vom Senat bereit gestellten vier Personalstellen für den Bezirk auf acht bis neun Stellen an.

Seit Mai ist das Gesetz zur Verbot von Zweckentfremdung von Wohnraum in Kraft, das insbesondere den Betrieb von Ferienwohnungen in Wohnungen untersagen soll. Eine Übergangsregelung verschiebt jedoch den kritischen Zeitpunkt auf den 1. Mai 2016: Ferienwohnungen, die bis zum 31. August 2014 dem Bezirk gemeldet werden, dürfen bis dahin noch weiterbetrieben werden. So bestünde genügend Zeit für die Bezirke, um Mitarbeiter für den neuen Aufgabenbereich einzustellen und zu schulen. Aus den bislang bis Juni im Bezirk Mitte eingegangenen Anträgen geht jedoch hervor, dass die Entscheidungen im Einzelfall sehr kompliziert werden. Denn das Gesetz sieht als Genehmigungsgrund für Antragssteller auch die »Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz« vor. Darauf berufen sich Betreiber, etwa wenn sie einen Kredit für den Kauf von Eigentumswohnungen aufgenommen haben, dessen betriebswirtschaftliche Absicherung auf den Einnahmen durch die Ferienwohnungen beruht - und der bei einer normalen Vermietung zu ortsüblichen Mieten platzen würde.

Zudem bietet das Gesetz auch die Möglichkeit, eine Genehmigung mit der Auflage von Ausgleichszahlungen zu verbinden: bis zu fünf Euro pro Quadratmeter und Monat sollen so für die Förderung von Wohnungsneubau zur Verfügung stehen. Hier müssen sich jetzt die Bezirke auf ein möglichst einheitliches Vorgehen einigen, was natürlich in einer gemeinsamen Task-Force deutlich einfacher zu bewerkstelligen wäre.

Stadtrat von Dassel warnt davor, den Effekt des neuen Gesetzes auf die Wohnraumversorgung zu überschätzen: »Es wirkt vor allem in die Zukunft und weniger in die Vergangenheit. Ich glaube nicht, dass tatsächlich eine auf dem Wohnungsmarkt klar spürbare Anzahl von jetzigen Ferienwohnungen wieder zu normalen Wohnungen zurückverwandelt wird. Die Umwandlung von jetzigen Wohnungen in Ferienwohnungen wird dagegen deutlich erschwert, hier wird das Gesetz eindeutig Wirkung entfalten.«

Bezirksbürgermeister Christian Hanke will die Zahl der Mitarbeiter für die Durchsetzung des neuen Gesetzes im Bezirk deutlich aufstocken. »Der Senat finanziert uns zwei reguläre Stellen und erlaubt zusätzlich zwei Mitarbeiter aus dem Personalüberhang. Wir würden gerne aus den Sondermitteln, die der Senat uns für jede neue Baugenehmigung zur Verfügung stellt, noch vier bis fünf weitere Mitarbeiter einstellen, so dass da eine arbeitsfähige Gruppe entsteht.« Das müsse allerdings vom Senat noch genehmigt werden. Angesichts der hohen Anzahl von Ferienwohnungen und dem besonderen Druck auf dem Wohnungsmarkt in Mitte sollte das möglich sein: »Dass ein Zusammenhang zwischen Zweckentfremdung und Wohnungsneubau besteht, hat der Senat ja selbst demonstriert, indem er uns die beiden regulären Stellen für die Zweckentfremdung von dem vorher bereits fest zugesagten Kontingent zur Aufstockung der mit den Baugenehmigungen befassten Mitarbeiter abgezogen hat,« so Hanke.

Zur geplatzten bezirksübergreifenden Task-Force äußerte sich Hanke eher zurückhaltend. Einerseits bestünden hohe Risiken etwa durch zu erwartende Gerichtsprozesse, die der Bezirk nicht eingehen wolle. Andererseits würden Einsparungen, die der Bezirk durch die Aufgabe einer ganzen Etage mit Büroflächen schon fest eingeplant habe, durch die vom Senat bereitgestellten Mittel bei weitem nicht aufgefangen: Für die bis zu 34 Mitarbeiter der Task-Force stünde also auch kein Platz zur Verfügung. Mit Klagen muss der Bezirk allerdings auch ohne die Task-Force rechnen: in Mitte boomt der Markt für Ferienwohnungen am stärksten. Die ablehnende Haltung der Bezirksamtsmehrheit erklärt sich zum Teil auch aus der derzeit sehr heftigen Konfrontation zwischen Bezirken und Senat um die Bezirksfinanzierung: Trotz steigender Steuereinnahmen und schnell wachsender Bevölkerung werden die Bezirke immer weiter zu schmerzhaften Kürzungen vor allem im Personalbereich gezwungen, die sie in vielen Bereichen an den Rand der Arbeitsfähigkeit bringen. Das fördert nicht gerade die Bereitschaft, freiwillig zusätzliche Aufgaben und Risiken zu übernehmen.

Der Bezirk hat eine E-mail-Adresse eingerichtet, über die Verstöße gegen das Gesetz gegen Zweckentfremdung von Wohnraum gemeldet werden können: zweckentfremdung@ba-mitte.berlin.de

Richtigstellung: Noch keine Genehmigungsfiktion bei Zweckentfremdung

Anders als in einem Kommentar in der letzten Ausgabe dieser Zeitung berichtet, eröffnet das Gesetz gegen Zweckentfremdung von Wohnraum derzeit nicht die Möglichkeit, die Genehmigung neuer Ferienwohnungen zu beantragen und dabei darauf zu hoffen, dass der Bezirk noch nicht dazu in der Lage ist, in der vorgeschriebenen Frist von maximal 14 Wochen einen ablehnenden Bescheid zu begründen. Die Regelung, dass daraufhin die Genehmigung als erteilt zu gelten habe (Genehmigungsfiktion), tritt nämlich erst zum 1. Mai 2016 in Kraft.



SEHR GEEHRTE FAMILIE SOHST.

VOM 15. JULI BIS ZUM 22. AUGUST

VERMIETEN WIR IHRE WOHNUNG

ALS FERIENWOHNUNG. WIR

WÜNSCHEN IHNEN SCHÖNE FERIEN.

JHRE VERMIETER

6



Baut Fahrradstationen!

Wer nach Mitte pendelt, sollte hier ein Rad sicher deponieren können

In den Niederlanden gehören sie zu jedem anständigen Bahnhof dazu, so wie bei uns die Currybude. In Nordrhein-Westfalen gibt es sie bereits in über 65 Städten. In Potsdam eröffnet im nächsten Jahr die zweite des Landes Brandenburg. In Berlin denkt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ein bisschen nach: Die Rede ist von überdachten und besser bewachten Fahrradstationen in der Nähe von Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs. Auch in Mitte wären sie erforderlich.

Sichere Servicestation für Radfahrer

Denn an vielen U- und S-Bahnhöfen finden Radfahrer oft kaum noch Stellen, an denen sie ihr Gefährt abschließen können. Für Autofahrer gibt es reichlich Parkhäuser – für Radfahrer, die die Umwelt weitaus weniger belasten, nicht. Im holländischen Utrecht dagegen (mit 330.000 Einwohnern etwa so groß wie der Bezirk Mitte) entsteht derzeit das größte Fahrradparkhaus der Welt – für 12.500 Räder. In Münster (300.000 Einwohner) feierte die Fahrradstation am Bahnhof gerade ihr 15-jähriges Jubiläum, 3.300 Räder können hier untergestellt werden. In Potsdam eröffnet im nächsten Jahr eine Fahrradstation am Hauptbahnhof für 550 Räder. Sie beansprucht rund 1000 Quadratmeter einer Tiefgarage - soviel, wie für knapp 40 PKW-Stellplätze benötigt werden.

Zusätzlich wird sie über einen eigenen Eingangsbereich in einem umgebauten Ladenlokal direkt am Bahnhof verfügen, in dem sich auch Serviceeinrichtungen wie eine Fahrradwerkstatt befinden. Die gehören zu Fahrradstationen, wie sie der »Allgemeine Deutsche Fahrradclub« (ADFC) propagiert: Denn die sind im Gegensatz zu reinen Fahrradparkhäusern nicht nur ein überdachter Abstellplatz, sondern eine Servicestation für Radfahrer mit Reparaturservice, Fahrradverleih und vielem mehr. Vor allem aber sind sie überwacht und bieten deshalb Schutz vor Diebstahl - die meisten Versicherungen haften nicht für nächtliche Diebstähle an ungeschützten Orten. Dafür nehmen die Betreiber von Fahrradstationen ein Entgelt, in Nordrhein-Westfalen sind das derzeit 70 Cent am Tag oder 70 Euro für ein Jahresabo, dazu kommen gegebenenfalls noch Gebühren für abschließbare Abteile, die die meisten Stationen zusätzlich bieten.

Elektromobilität auf zwei Rädern

Die Abteile sind besonders für Radfahrer mit hochwertigen Rädern interessant. Auch die Besitzer von Pedelecs mit Elektromotor gehören dazu. Mehr als 10% der verkauften Fahrräder gehören derzeit in diese Kategorie, das sind 410.000 Pedelecs im Jahr, mit stark steigender Tendenz. Vor allem in der Altersgruppe zwischen 50 und 60 Jahren sind sie beliebt – hier liebäugeln Umfragen zufolge sogar 40% der Radfahrer mit dem Erwerb eines solchen Elektro-Rades. »Die Elektromobilität entwickelt sich auf zwei Rädern« meint dazu der ADFC.

Pedelecs erweitern den Radius, in dem das Fahrrad in innerstädtischen Bereichen optimal eingesetzt wird. Derzeit liegt der bei rund fünf Kilometern, also in etwa der Entfernung zwischen der Beuth-Hochschule und ihrer geplanten Außenstelle im Terminal des jetzigen Flughafens Tegel oder zwischen den Rathäusern Tiergarten oder Wedding und dem Alexanderplatz. Mit zusätzlicher elektrischer Pedalkraft wird dieser optimale Bereich deutlich erweitert.

Doch tatsächlich sieht man noch kaum Pedelecs in Mitte. Und auch normale Fahrräder könnten deutlich häufiger genutzt werden, wenn die Möglichkeit bestünde, sie an sicheren Orten über Nacht abzuschließen: Wer weiter weg wohnt, hätte so die Möglichkeit, hier ein Rad zu deponieren und sich damit der besonderen Flexibilität dieses Verkehrsmittels auch am Arbeits- oder Studienort in der Innenstadt zu bedienen.

Landesmittel wären erforderlich

Optimale Orte für Fahrradstationen wären in Mitte natürlich die Bahnhöfe mit Regionalbahnanschluss: Hauptbahnhof, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Gesundbrunnen, Potsdamer Platz. Aber auch andere kämen in Betracht: an U- oder S-Bahnhöfen, in deren Nähe viele Pendler zur Arbeit gehen – und das sind hier sehr viele: nicht nur in Hochschulen und Krankenhäusern, sondern auch in Verwaltungsgebäuden, Hotels oder Großunternehmen. Vielleicht könnten auch einige der untergenutzten Parkhäuser dazu umgebaut werden, vor allem im Wedding gibt es reichlich davon.

Die Berliner Bezirke wären allerdings finanziell nicht in der Lage, solche Fahrradstationen zu errichten. Auch in Nordrhein-Westfalen und in Brandenburg muss das Land dazu die notwendigen Investitionssummen bereitstellen.

In Berlin wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis die Zeichen der Zeit erkannt werden. Im Entwurf für das Stadtentwicklungskonzept 2030 findet sich zwar auch eine Passage zu »sicheren Abstellanlagen für Fahrräder« im Umfeld von Verkehrsknotenpunkten. Die Begriffe »Fahrradstation« oder »Fahrradparkhaus« sucht man hier aber vergeblich. Mit »Elektromobilität« verbindet man dort vor allem die Errichtung von Elektroladestationen für PKW.

Christof Schaffelder

Postkarten, per Hand geschrieben

Derzeit wird der Rathausvorplatz an der Müllerstraße neu gestaltet – und gesucht wurde auch ein neuer Name für den Platz. Es gab unterschiedliche Vorschläge von Bürgern: u.a., den Platz nach Elise und Otto Hampel zu benennen. Das Weddinger Arbeiterehepaar verteilte von 1940 bis 1942 Flugzettel gegen die Nazis und wurde deshalb zum Tod verurteilt. Der Schriftsteller Hans Fallada setzte ihnen 1946 mit seinem Roman »Jeder stirbt für sich allein« ein literarisches Denkmal. Nun hat die BVV Mitte beschlossen, den Platz nach dem Ehepaar zu benennen. Die neue Stadtteilbibliothek wird künftig die Adresse »Elise-und-Otto-Hampel-Platz« tragen.

Das Paar lebte in der Amsterdamer Straße 10, wo heute eine Gedenktafel an sie erinnert. Es waren einfache Leute: sie Näherin und Hausmädchen, er Arbeiter bei den Siemens-Kabelwerken. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 waren sie n och keine Widerständler, eher apolitisch und Mitglieder der damals üblichen Pflichtverbände: er in der NS-Einheitsgewerkschaft, sie in der NS-Frauenschaft. Ihre Haltung gegenüber dem Regime änderte sich 1940, als Elises jüngerer Bruder an der Kriegsfront in Frankreich fiel. Sie entschlossen sich, der Nazipropaganda etwas entgegenzusetzen. Zwei Jahre lang, bis 1942, schrieben sie auf eigene Faust mehr als 200 Postkarten gegen das Naziregime und den Krieg und verteilten sie heimlich in Hauseingängen und Treppenhäusern - vor allem im Wedding, auch in Moabit, Prenzlauer Berg, Kreuzberg. Dokumente zeigen die handgeschriebenen Postkarten, sorgfältig mit der Feder in etwas ungelenken Druckbuchstaben und unsicherer Rechtschreibung verfasst. Auf einer liest man: »Frieden! Vertraue auf Dich, nicht der eingeschlichenen Hitler Bande! (...) Wehe dem Volke dass von der Hitler Himmler Göring Goebbels Bande Behütet wird! (...)« Man sieht den Karten an, wie viel Herzblut, Zeit und Mühe das Paar, das nur wenig Schulbildung hatte, darauf verwandte.

Die meisten ihrer Adressaten und »Volksgenossen« waren jedoch noch zu sehr im Fanatismus und Kriegssiegestaumel oder aber Angst gefangen – die meisten Postkarten wurden nicht weitergegeben, sondern umgehend bei der Polizei abgeliefert. Denn nach den ersten Kartenfunden ermittelte die Kriminalpolizei im Auftrag der Gestapo. Doch letztlich flogen die Hampels erst 1942 nach einer Denunziation auf

Nach nur kurzer Vernehmungszeit, in der die Hampels gestanden, wurden sie vom Volksgerichthof in der Bellevuestraße zum Tod verurteilt und am 8. April 1943 durch das Fallbeil in Plötzensee hingerichtet.

Der weltbekannte Schriftsteller Hans Fallada (bürgerlich: Rudolf Ditzen) schrieb 1946, bereits schwerkrank, seinen bewegenden Roman »Jeder stirbt für sich allein« in nur vier Wochen. Die Veröffentlichung 1947 erlebte der 54-Jährige nicht mehr. Fallada hielt sich in großen Zügen an die Akten der Gestapo, die ihm nach Kriegsende vorlagen, erlaubte sich aber die Freiheit des Schriftstellers, den eigenen, fiktiven Gesetzen eines Romans zu folgen. Im Buch verliert das Ehepaar (das hier Anna und Otto Quangel heißt) den einzigen Sohn an der Front und entschließt sich deshalb zum geheimen Widerstand.

Fallada muss in seiner letzten Lebenszeit fieberhaft geschrieben haben, um in wenigen Wochen ein so komplexes, plastisches und ein-



drückliches Zeitpanorama des Kriegsberlins zu schaffen. Die ungekürzte Neuausgabe nach Falladas Original-Typoskript erschien 2011 und sorgte international für großes Aufsehen.

Fallada, dessen Perspektive immer die der »kleinen Leute«, der Straße war, schuf fiktiv neue Figuren; er erzählt von der gnadenlosen Verfolgung und Enteignung der Berliner Juden, von der kleinen Welt im Berliner Arbeiterkiez, von Kleinkriminellen und tapferen oder denunziatorischen Frauen, von euphorisierten Jung-SS- und Gestapo-Männern und ehrgeizigen Kriminalbeamten, von der Brutalität des Nazi-Staates, von Verblendung, Einschüchterung, Demütigung, Mord, vom Alltag im Krieg, vom Volksgerichtshof des Ronald Freisler – und eben von dem einsamen Widerstand eines einfachen Arbeiternaars

In seinem Vorwort bemerkte Fallada, dass trotz allen fiktiven Romangeschehens er an die »innere Wahrheit« des Erzählten glaube, und schrieb in seiner lakonisch-desillusionierten Art: »Mancher Leser wird finden, dass in diesem Buche reichlich viel gequält und gestorben wird. Der Verfasser gestattet sich, darauf aufmerksam zu machen, dass in diesem Buche fast ausschließlich von Menschen die Rede ist, die gegen das Hitlerregime ankämpften (...) In diesen Kreisen wurde in den Jahren 1940 bis 1942 und vorher und nachher viel gestorben. (...) Es hat dem Verfasser auch oft nicht gefallen, ein so düsteres Gemälde zu entwerfen, aber mehr Helligkeit hätte Lüge bedeutet «

Nach historischen Unterlagen (wobei den Nazi-Unterlagen nicht immer zu trauen ist) soll sich das Ehepaar, das bis zum Gerichtsurteil tapfer zusammenhielt, im Angesicht des Todes und bei Gnadengesuchen zuletzt doch noch gegenseitig belastet haben. Das schmälert jedoch keineswegs ihren Mut zum zivilen Widerstand – und wer könnte von sich sagen, unter Folter und Todesangst immer stark zu bleiben.

Im Buch erscheint der Ankläger aus der Gerichtsverhandlung ("»der Pinscher") zum Hinrichtungstermin in Otto Quangels Todeszelle:

- »Was, wir haben's dir gegeben? Wie ist dir nun? Nicht mehr ganz so frech, wie?« (...)
- »Ach, leckt mich doch alle!«, sagte Quangel gelangweilt. (...)
- »Ich protestiere! Ich verlange ... «, schrie der Pinscher.
- »Was denn?«, sagte der (Gefängnis)Direktor, »was können Sie denn jetzt noch verlangen? Mehr als hinrichten können Sie den Mann doch nicht, und das weiß der sehr gut. (...)« us

Hans Fallada: »Jeder stirbt für sich allein«, ungekürzte Neuauflage seit 2011 im Aufbau-Verlag

Blaues Band im Trubel

Zur Kunstaktion auf der Müllerstraße

Es war der erste Versuch. Im Juni standen auf dem Mittelstreifen der Müllerstraße zwischen den U-Bahnhöfen Wedding und Rehberge insgesamt 16 großformatige Plakate mit Motiven Weddinger Künstler. Dafür hatten sie ihre Arbeiten zum Thema »Mein Wedding« honorarfrei zur Verfügung gestellt; die Kosten für den Druck und das Aufstellen der Plakate übernahm das Geschäftsstraßenmanagement bzw. das »Aktive Zentrum Müllerstraße«. Die Idee für die Aktion »Das Blaue Band« stammte von der StandortGemeinschaft Müllerstraße, in der sich Gewerbetreibende, Hauseigentümer und auch etliche Künstler aus dem Gebiet zusammengeschlossen haben.

Nicht überall ging die Idee auch auf – das ist eben so bei ersten Versuchen. Denn zu kleinteilige Motive funktionieren nicht auf dem Mittelstreifen. Vom Bürgersteig aus über den tosenden Verkehr auf der Müllerstraße hinweg betrachtet, nimmt man Details kaum wahr – sie gehen einfach unter im Trubel der Stadt. Um solche Motive zu präsentieren, bräuchte man ruhigere Standorte: etwa den Leopoldplatz, den Max-Josef-Metzger-Platz oder den grünen Mittelstreifen der ruhigen Togostraße.

Auf den Mittelstreifen der Müllerstraße passen dagegen vor allem Motive, die auch von weitem gut erkennbar sind und ihre Wirkung entfalten. Der hier abgebildete rote Damenschuh in der Pfütze vor dem »Haus der Jugend« zum Beispiel; ein Motiv, das die Fotografin Sualmith Sallman eingereicht hatte. Weitere Fotos von ihr sind übrigens im Familienzentrum am Nauener Platz zu besichtigen. Oder die Fotocollage von Christine Nußbaum, die das Treppengeländer des U-Bahnhofes Seestraße mit zwei großen Regenbogenforellen garnierte. Solche gezielten Irritationen funktionieren auch mitten im Verkehrschaos.

Weniger öffentlichkeitswirksam waren sorgsam gezeichnete Werke wie die Vision des U-Bahnhofs Wedding von der Künstlerin Magdalena Wiener oder das Street-Art-Werk von Hannes Höhling. Das ist schade, denn beide verdienten eigentlich mehr Aufmerksamkeit, als ihnen an dieser Stelle zuteil werden konnte. Das hier abgebildete Werk von Hanna Dobslaw, der Leiterin des Kino Alhambra und Vorsitzenden der StandortGemeinschaft ist da ein Grenzfall: Es kam noch zur Geltung, weil das Grundkonzept der Collage sehr plakativ ist.



Diese Kritik soll aber nicht entmutigen – im Gegenteil! Die Idee der Open-Air-Galerie auf dem Mittelstreifen der Müllerstraße sollte unbedingt weiterentwickelt werden. Im nächsten Juni zum Beispiel, denn dann sind die Lichtverhältnissen ideal und die Ferien haben noch nicht begonnen, die Müllerstraße ist zudem gut besucht. Vielleicht sollte man den Aufruf zu der Aktion auch gezielter auf Fotos oder Fotocollagen hin zuspitzen. Denn viele Weddinger fotografieren ihren Kiez gerne – und haben zuhause regelrechte Schätze gehortet, die sie gerne Open Air auf der Müllerstraße präsentieren würden. Dass gestandene Künstler dabei nicht außen vor bleiben müssen, bewies die Bildhauerin Heidemarie Kunert: Sie stellte ein großes Foto eines ihrer Werke auf den Grünstreifen an der Otawistraße und fotografierte das – als Hinweis auf einen Skulpturenboulevard, den die Galerie »WERK KUNST STUDIO« hier gern einrichten würde.

Christof Schaffelde

Alle gezeigten Arbeiten sind auf der Website der StandortGemeinschaft Müllerstraße zu sehen: www.muellerstrasse-wedding.de/kultivieren.html

Fotowettbewerb des Paul Gerhart Stiftes

Das Stadtteilzentrum Paul Gerhardt Stift hat einen Fotowettbewerb ausgelobt: »Wechselblick – An- und Aussichten im Weddinger Parkviertel«. Gesucht wird der »andere Blick« auf Generationen und Kulturen im Parkviertel. Eine Fachjury entscheidet über die Gewinner, als Preisgeld stehen zur Verfügung: 1. Preis: 400 Euro, 2. Preis: 250 Euro, 3. Preis: 100 Euro und Sonderpreis »Generationen im Blick«: 250 Euro. Ein Fotoausdruck im Format 18 x 24 cm, sowie eine Kurzbeschreibung des Motivs sollten bis zum 1. Oktober beim Paul Gerhart Stift eingehen: Müllerstraße 56–58, 13349 Berlin, Frau Kreckel.

Schulsportanlagen werden saniert

Bis voraussichtlich zum Oktober werden die Sportfreiflächen der Schering-Oberschule in der Lütticher Straße saniert. Dabei entsteht eine multifunktionale Sportfläche auf verschiedenfarbigem Gummigranulat mit Fußball-, Basketball- und Volleyballfeldern, einer 75-Meter-Laufbahn und einer 125-Meter-Rundlaufbahn, einer Weitsprung- und einer Kugelstoßanlage. Dazu kommen Tischtennisplatten und zusätzliche Parcoursgeräte. Die vorhandenen Zäune und Tore werden repariert bzw. erneuert, Gehölzflächen werden gärtnerisch überarbeitet und zum Teil auch ergänzt.

Die Planung stammt vom Landschaftsarchitektenbüro »plan b«, die Durchführung betreut das Straßen-und Grünflächenamt des Bezirks Mitte. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Landesprogrammes »städtebauliche Einzelmaßnahmen«.

Richtfest der neuen Mittelpunktbibliothek

Der Neubau der Schiller-Bibliothek verläuft ohne größere Probleme im vorgegebenen Zeitrahmen. Sogar ein Termin für das Richtfest steht bereits fest: der 4. September. An der südlichen Brandwand des Rathausplatzes (künftig: Elise-und-Otto-Hampel-Platz, siehe Seite 11) entsteht die neue Mittelpunktbibliothek für den Ortsteil Wedding, die gegebenenfalls zur Bezirkszentralbibliothek erweitert werden kann. Der erste Spatenstich war am 1. Mai 2013.



Fête de la Musique

Der Wedding ist jung – und er feiert gern.
Davon konnte man sich bei der Fête de la
Musique am 21. Juli überzeugen. Am Centre
Français de Berlin zum Beispiel, wo das aus
Frankreich importierte jährliche Musikfestival
(umsonst und draußen!) zur Sommersonnenwende am 21. Juni schon traditionell einen
gut besuchten Standort hat – auch wenn das
Wetter mal nicht so mitspielt. Im Bild: Das
Berlin Boom Orchestra heizt mit Ska und
Reggae kräftig ein.

Kaum Wohnungsbau im Wedding

Dennoch wächst die Bevölkerung!

Im Ortsteil Wedding wird es in den nächsten Jahren wohl kaum zu größeren Wohnungsbauvorhaben kommen. Das geht aus den Zwischenergebnissen einer Studie hervor, die das Büro Jahn, Mack & Partner im Auftrag des Bezirks erarbeitet hatte und die dem Ausschuss für Stadtentwicklung der BVV Mitte Ende Mai vorgestellt wurde.

Insgesamt sieht die Studie im Bezirk Mitte ein Potential von knapp 17.000 neuen Wohnungen, die theoretisch bis 2020 errichtet werden könnten. Ausgangspunkt ist dabei das Jahr 2011, weshalb auch bereits fertiggestellte Bauvorhaben als Potential zählen. Davon befindet sich der Löwenanteil in der Region »Zentrum«, die den Altbezirk Mitte und Tiergarten-Süd zusammenfasst. Nur rund 700 potenzielle Neubauwohnungen verortet die Studie dagegen im Ortsteil Wedding. Im Ortsteil Gesundbrunnen gibt es mit 1.800 Wohneinheiten etwas mehr Baupotential: beispielsweise am Mauerpark, wo ja die Groth-Gruppe ein umstrittenes Neubauprojekt mit über 500 Wohnungen durchführt.

Für den Bezirk ist die Studie über das Wohnungsbaupotential wichtig, weil sie genauere Aussagen über das künftige Bevölkerungswachstum erlaubt. Dadurch kann das Bezirksamt seine Pläne z.B. für die Schul- und Kitaentwicklung realistischer entwickeln. Ein Blick auf den Ortsteil Wedding zeigt

aber, dass man sich auf Prognosen und Studien allein nicht verlassen kann: So sagt die aktuelle Bevölkerungsprognose des Senats für den Ortsteil ein Bevölkerungswachstum zwischen Ende 2010 und 2020 von über 6.000 Bewohnern vor. Davon sind jedoch laut Einwohnerregister bis Ende 2013 bereits rund 4.600 angekommen – der Ortsteil Wedding hat demnach derzeit gut 81.000 Bewohner: Der Wohnungsleerstand, der hier noch vor wenigen Jahren geherrscht hat, ist längst kein Thema mehr, eher Wohnungsnot. Dennoch stieg die Bevölkerungszahl allein im vergangenen Jahr um gut 1.500. Geht das so weiter, wird der Ortsteil also bereits Ende 2014 die von der Prognose erwartete Bevölkerungszahl des Jahres 2020 errei-

Das ginge aber nur, wenn sich die Belegungsdichte der vorhandenen Wohnungen deutlich erhöht. Offenbar ist das derzeit der Fall – die rapide steigenden Mieten und der nahezu komplette Abbau des Leerstands auch in den äußeren Bezirken von Berlin lassen vielen Menschen kaum eine Alternative, als eben enger zusammen zu rücken.

Repair-Café jetzt mit Werkstatt

Bislang verhalf man sich mit provisorischen Räumen. Seit dem 3. Juli ist das nicht mehr notwendig: Das Repair-Café im Stadtteilzentrum Paul Gerhardt Stift findet jetzt in einer eigenen Werkstatt statt: zweimal im Monat, an jedem ersten und dritten Donnerstag zwischen 15 und 19 Uhr.

Die Werkstatt ist auch dringend notwendig, denn die Resonanz auf das Repair-Café ist groß. Das aus Holland importierte Konzept funktioniert auch im Wedding: In die offene Werkstatt bringen Besucher ihre kaputten oder funktionsuntüchtigen Geräte und Haushaltsgegenstände: Lampen, Fahrräder, Kinderwagen, PCs, Drucker, Kleidung, Spielzeug ... alles, was nicht mehr funktioniert, kaputt oder beschädigt ist. Gemeinsam werden sie wieder funktionstüchtig gemacht. Und die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die Reparatur gelingt!

Gesucht sind immer auch ehrenamtliche Experten, die gerne reparieren, tüfteln, schrauben und Spaß daran haben, ihr Wissen weiterzugeben und so mit der Nachbarschaft in Kontakt zu kommen. Benötigt werden auch Werkzeugspenden.

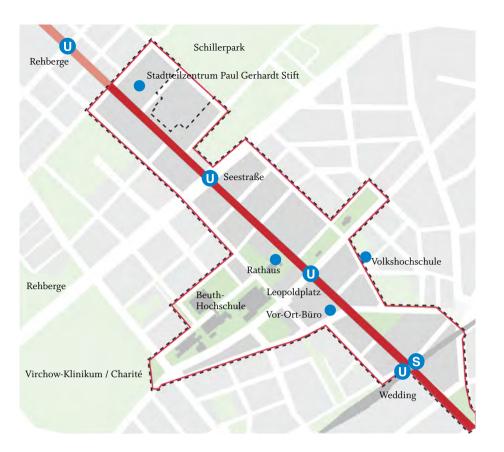
Träger des Repair-Cafés ist der gemeinnützige Bildungs- und Beschäftigungsträger »Die Wille gGmbH«.

Kontakt: (030) 26 47 62 85, therese.reinke@diewille.de.

Gardening-Film bei <u>himmelbeet</u>

Am Samstag, dem 12. Juli zeigt die Filmemacherin Ella von der Heide um 20.30 Uhr bei himmelbeet an der Ecke Ruheplatzstraße/Schulstraße ihren neuesten Dokumentarfilm zum »Urban Gardening«. Anschließend beantwortet sie Fragen und diskutiert mit dem Stadtforscher Toni Karge. Der Film ist bereits der vierte Teil einer Serie über die international aktive Bewegung. »Eine andere Welt ist pflanzbar, Teil 4« beschäftigt sich mit den USA, hier hauptsächlich mit Detroit und San Francisco. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Die Veranstaltung findet auch bei Regen statt.

10



müller/13s

Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

Veranstaltungsorte

Müllerstraße

Programmkulisse
 Aktives Stadtzentrum

– – Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin (030) 90 18-446 00 baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

<u>Stadtentwicklungsamt,</u> Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106 (030) 90 18-458 46 stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle

Müllerstraße 146, 13353 Berlin Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr stadtplanung@ba-mitte.berlin.de Gruppenleiter: Stephan Lange (030) 90 18-436 32 Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet

Dr. Elke Pistorius (030) 9018 45779 elke.pistorius@ba-mitte.verwalt-berlin.de René Plessow (030) 9018 45409 rene.plessow@ba-mitte.berlin.de Claudia Jahns (030) 9018 45463 claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement

Jahn, Mack und Partner Alt Moabit 73, 10555 Berlin Karsten Scheffer, Nadine Fehlert (030) 85 75 77 26 muellerstrasse@jahn-mack.de www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement

Planergemeinschaft Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin (030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32 Gabriele Isenberg-Holm g.isenberg@planergemeinschaft.de Winfried Pichierri w.pichierri@planergemeinschaft.de www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße

Sprecher: Maria Breitfeld-Markowski, Peter Arndt, Karl-Heinz Schneider-Bodenbender Vor-Ort-Büro Triftstraße 2 Sprechstunde: jeder 1. und 3. Montag im Monat, 18–20 Uhr (030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94 menschmueller@stadtteilvertretung.de www.stadtteilvertretung.de

<u>StandortGemeinschaft Müllerstraße</u>

c/o Steuerberatung bpw Müllerstraße 138b, 13353 Berlin info@muellerstrasse-wedding.de www.muellerstrasse-wedding.de

Soziales Platzmanagement Leopoldplatz

Team Leo, Schumannstr. 5, 10117 Berlin (030) 28 30 23 15 teamleo@gangway.de Sanda Hubana (0157) 37 73 12 36 Axel Illesch (0172) 202 61 82

Runder Tisch Leopoldplatz

Kontakt: Heinz Nopper Präventionsrat Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin (030) 90 18-325 70

Quartiersmanagement Pankstraße

Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin (030) 74746347 qm-pank@list-gmbh.de www.pankstrasse-quartier.de

Quartiersmanagement Sparrplatz

Burgsdorfstraße 13 A, 13353 Berlin (030) 46 60 61 90 qm-sparrplatz@list-gmbh.de www.sparrplatz-quartier.de



Müllerstraße







